

Menschenrechte, Rechtsstaat und bürgerliche Freiheiten in Ungarn

Eine kritische Analyse der Politik von Viktor Orban

Vortrag von Beate Martin, FES Ungarn

In der Reihe „Für ein Europa, das zusammenhält.“

Mittwoch, 19. Juni 2019 | 8:00 Uhr c.t.

Universität Passau | Audimax | Hörsaal 10 | Innstraße 31 | 94032 Passau

Im September 2018 hat das Europaparlament (EP) ein Rechtsstaatsverfahren gegen Ungarns nationalistische Regierung unter Ministerpräsident Viktor Orbán eingeleitet. Vereinte Nationen, Europarat und das EP stellten zuvor in mehreren Berichten fest: Meinungs-, Forschungs- und Versammlungsfreiheit in Ungarn sind eingeschränkt, Verfassungs- und Justizsystem geschwächt. Ferner liegen Verstöße gegen die Rechte von Minderheiten und Flüchtlingen vor und die Regierung Orbán ist in Korruptionfälle verwickelt. „Rechtsstaatlichkeit und Menschenrechte in Ungarn sind systemisch bedroht“, folgerte das EP.

Orbán und seine Partei „Fidesz“ regieren Ungarn seit 2010 ununterbrochen mit einer parlamentarischen Zweidrittelmehrheit. Diese nutzte sie vor allem zu gravierenden Änderungen der Verfassung. Am 8. April 2018 errang „Fidesz“ bei den landesweiten Wahlen über 49 % der abgegebenen Stimmen. Nach besonders üblen Hetztiraden gegen die EU und antisemitischen Kampagnen setzte die Fraktion der Europäischen Volkspartei (EVP) im EP unter ihrem Vorsitzenden Manfred Weber kürzlich die Mitgliedschaft von „Fidesz“ bis auf Weiteres aus, entschied sich aber gegen einen sofortigen Ausschluss.

„Ungarn ist verloren“ betitelte ein Autor in der „Zeit“ kürzlich einen Essay über sein Heimatland und kritisierte auch die Politik der EU gegenüber der amtierenden Regierung. Wir haben Beate Martin eingeladen über die Auswirkungen der Politik Viktor Orbáns auf Menschen, Zivilgesellschaft, Kultur und Alltag in Ungarn zu berichten und einen Blick in die Zukunft dieses EU-Mitglieds zu wagen. Beate Martin leitet die Landesvertretung der Friedrich-Ebert-Stiftung in Ungarn.

In unserer Veranstaltungsreihe wollen wir Strategien und Politik einiger rechtspopulistischer Parteien in der EU unter die Lupe nehmen, die alleine oder in Koalitionen regieren. Mit fundierter Expertise aus Italien, dem Vereinigten Königreich, Ungarn und Österreich wollen wir beleuchten, welche Ziele „rechtsnationale“ Politik verfolgt, wie sie die politische Kultur in diesen Ländern verändert (hat) und was sie in der EU erreichen will. Wir wollen aber auch zeigen, auf welche Gegenstrategien Zivilgesellschaft und Politik setzen.

Begrüßung: **Harald Zintl**, Leiter des Regensburger Regionalbüros der Friedrich-Ebert-Stiftung

Moderation: **Zina Weisner**, wissenschaftliche Mitarbeiterin an der Professur für Internationale Politik, Uni Passau

Organisation: **Sandra Gref**, regensburg@fes.de, Telefon 0941 794759

Wir bitten Sie um [Anmeldung über diesen Link](#).

Weitere Informationen zur Reihe [erhalten sie unter diesem Link](#).

Wir behalten uns vor Personen, die rechtsextremen Parteien oder Organisationen angehören, diesen Szenen zuzuordnen sind oder bereits in der Vergangenheit durch rassistische, nationalistische, antisemitische oder sonstige menschenverachtende Äußerungen in Erscheinung getreten sind, den Zutritt zu den Veranstaltung zu verwehren oder von diesen auszuschließen

Bei Fragen zur barrierefreien Durchführung der Veranstaltung wenden Sie sich bitte rechtzeitig an die verantwortlichen FES-Mitarbeiter_innen.

Friedrich-Ebert-Stiftung
Regionalbüro Regensburg
Lilienthalstr. 8
D-93049 Regensburg

Telefon 09 41 / 79 47 59
Telefax 09 41 / 79 56 13
E-Mail: regensburg@fes.de
<https://www.fes.de/regionalbuero-regensburg/>

Vorsitzender:
Ministerpräsident a. D. Kurt Beck
Geschäftsführendes Vorstandsmitglied:
Dr. Roland Schmidt